Die Politik der Wehrpflicht in Europa im 21. Jahrhundert: Eine qualitativ vergleichende Analyse

## **Description**

Von Isabel Badia

Die Anforderungen an staatliche Armeen und damit auch die Politik der Wehrpflicht sind in den letzten Jahrzehnten im deutlichen Wandel â?? doch welche Faktoren führten dazu, dass die Wehrpflicht in einigen Ländern de facto abgeschafft wurde, in anderen jedoch nicht?

In ihrem Blogbeitrag identifiziert Isabel Badia mittels qualitativ vergleichender Analyse (QCA), welche Faktoren zur Beibehaltung oder Abschaffung der Wehrpflicht in europ $\tilde{A}$ zischen Staaten f $\tilde{A}$  $\frac{1}{4}$ hrten.

Der Beitrag basiert auf der BA-Arbeit der Autorin, die am Lehrstuhl für Empirische Politikwissenschaft durch Achim Goerres und Florian Rabuza betreut worden ist.

Die europĤische Sicherheitspolitik wurde in den vergangenen Jahrzehnten bedingt durch die Ä?berwindung des Ost-West-Gegensatzes und die gesellschaftlichen Umbrļchen von 1989/90 groÄ?en Um- und Neugestaltungen unterzogen, die sich deutlich in den Wehr- und Rekrutierungsstrukturen der StreitkrĤfte widerspiegeln. Einhergehend mit dem Wandel, der heute auftretenden asymmetrischen Konfliktformen und dem hybriden Bedrohungsspektrum, werden neue Sicherheitskonzepte erforderlich. Im Zuge dessen hat sich der Anspruch an die StreitkrĤfte weg von einer Massenarmee hin zu hoch professionellen und flexiblen Soldaten mit verĤndertem Aufgabenspektrum geĤndert.

Die beschriebenen Tendenzen lassen sich anhand der Beibehaltung oder Aussetzung der Wehrpflicht illustrieren: Derzeit beruft sich nur noch jedes siebte NATO-Mitglied (Estland, Griechenland, Norwegen, Türkei) und sechs von 28 EU-Mitgliedern (Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, Ã?sterreich, Zypern) auf eine gesetzliche oder verfassungsrechtliche Grundlage, um seine Staatsbürger zum Wehrdienst einzuziehen.

Diese Faktenlage verdeutlicht, dass die Wehrpflicht für die Armeen der Zukunft ein Auslaufmodell im europäischen Raum darstellt.

Im Mittelpunkt meiner Analyse steht daher die Frage: Welche Faktoren bewirken, dass einige Länder ihre Wehrpflicht aussetzen oder abschaffen und weshalb behalten einige wenige Länder die Wehrpflicht bei?

Zur Beantwortung wird eine qualitativ vergleichende Analyse (QCA) durchgeführt. Die QCA ist eine Methode zur Analyse von Kausalverhältnissen bei einer geringen natürlichen Fallanzahl. Hierbei wird angenommen, dass insbesondere die wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnisse der erklärenden Variablen untereinander maÃ?geblich auf das Outcome (Beibehaltung oder Aussetzung der Wehrpflicht) einwirken. Besonders an der QCA ist, dass anstelle einer AusschlieÃ?ung von Drittvariablen eine kontrollierte Einbeziehung dieser Variablen vorgenommen wird. In die Analyse wird somit zunächst eine vergleichsweise hohe Anzahl von potentiell erklärenden Variablen einbezogen, wobei deren Kombinationen und Korrelationen untereinander im Zentrum der Untersuchung stehen und erst im Verlauf dieser, durch logische Verfahren, Vereinfachungen des Erklärungsterms vorgenommen werden. Im Rahmen dessen werden die Variablen dahingehend untersucht, ob sie notwendige oder hinreichende Bedingungen für eines der beiden Outcomes darstellen. AnschlieÃ?end werden die ermittelten Bedingungen auf ihre Konsistenz und Abdeckung überprüft. Zur Realisierung der Analyse wird das Computerprogramm Tosmana verwandt.

In die Analyse werden die Staaten einbezogen, die sich geographisch auf dem europĤischen Kontinent befinden. Hierbei finden alle LĤnder mit mehr als 100.000 Einwohnern Berļcksichtigung, was vor dem Hintergrund der theoretischen Annahme erfolgt, dass lediglich Staaten, die in der Lage sind sich selbst zu verteidigen, fļr die Untersuchung von Relevanz sind. Zudem musste der Kosovo aufgrund zu vieler fehlender Daten ausgeschlossen werden. Die Betrachtung der verbleibenden 41 europĤischen Staaten liegt in der ļber 200 Jahre andauernden Geschichte der Wehrpflicht in diesen Staaten, wie auch dem gemeinsamen Kultur- und Wertekreis, vergleichbaren geostrategischen Bedrohungsszenarien und den Dynamiken der Sicherheitsbļndnisse von NATO und EU begrľndet.

Bei der Untersuchung der Fragestellung können aus der bestehenden Fachliteratur und theoretischen Ã?berlegungen (siehe u.A. Haltiner, Werkner) zehn Variablen aus vier Argumentationsebenen abgeleitet werden. Die Ebenen lassen sich wie folgt definieren: geostrategisch, ökonomisch, politisch und gesellschaftlich.

Die von der Analysetechnik geforderte Dichotomie der Daten ist bei fünf der zehn Variablen, welche nominal skaliert sind, per se beziehungsweise nach geringer Umformungen gegeben, weshalb für die anderen fünf metrisch skalierten Variablen ein LagemaÃ?, welches den Cutoffpoint definiert, zur Operationalisierung benötigt wird. Aus den ausgewählten Ländern, den definierten Variablen und deren Dichotomisierung ergibt sich dann folgende Wahrheitstafel (Abbildung 1).

## Abbildung 1: Wahrheitstafel generiert durch Tosmana

Quelle: Eigene Darstellung

Die Untersuchung fļr das Outcome Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht zeigt, dass es zwei notwendige Bedingungen gibt. Zum einen die Abwesenheit einer Dienstpflicht und zum anderen das Vorhandensein einer Demokratie. Die Demokratievariable konnte allerdings nach der Konsistenzüberprüfung aufgrund von Trivialität vernachlässigt werden. Neben den notwendigen Bedingungen existieren zwei ErklĤrungspfade, die zu dem ersten betrachteten Outcome führen. Als hinreichend werden einerseits die Verknüpfung von der Beteiligung an Auslandseinsätzen der NATO und/oder EU und die Abwesenheit einer Dienstpflicht und andererseits die Verknüpfung der Abwesenheit einer Dienstpflicht mit einem kleinen bis mittleren Anteil der arbeitenden BevĶlkerung, der im militĤrischen Dienst arbeitet, identifiziert. Fļr das komplementĤre Outcome Beibehaltung der Wehrpflicht IĤsst sich feststellen, dass es keine einzelne notwendige Bedingung, jedoch zwei einzelne hinreichende Bedingungen, nĤmlich das Vorhandensein sowohl einer Dienstpflicht als auch das Fehlen einer Demokratie, gibt. Neben diesen hinreichenden Bedingungen existiert eine weitere hinreichende Variablenverknüpfung, die zu diesem Outcome führt. Keine Beteiligung an AuslandseinsĤtzen und ein groÄ?er Anteil der arbeitenden BevĶlkerung,

der im militärischen Dienst tätig ist, bedingen gemeinsam das Vorhandensein einer Wehrpflicht.

In der Analyse zeigt sich, dass sowohl Variablen aus der geostrategischen Argumentationsebene als auch eine Variable aus der gesellschaftlichen Argumentationsebene relevant für die Fragestellung, ob ein Land seine Wehrpflicht aussetzt oder beibehĤlt, sind. AuffĤllig ist darļber hinaus, dass insbesondere die gesellschaftliche Variable Dienstpflicht, bis auf den Fall Zypern, immer den gleichen Wert wie das Outcome aufweist. Dies deutet eine herausgehobene Stellung dieser Variable an, gleichwohl gesagt werden muss, dass mit Tosmana keine EinflussstĤrken, sondern lediglich das Vorhandensein von EinflÄ1/4ssen bestimmt werden kann. Dadurch, dass die Dienstpflicht eine alleinig hinreichende Bedingung für die Beibehaltung der Wehrpflicht darstellt, kann geschlussfolgert werden, dass die Dienstgerechtigkeit, die mit einer Dienstpflicht einhergeht fļr die Gesellschaft eines Landes mitentscheidend fļr die Akzeptanz der Wehrpflicht ist. Bedingt durch die umfangreichen gesellschaftlichen und karitativen Dienstleistungen, die in einer Gesellschaft mit Dienstpflicht durch Staatsbļrger geleistet werden und somit einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung der staatlichen Dienstleistungen erbringen, bestĤtigt sich ein positiver Einflussfaktor der Dienstpflicht auf die Beibehaltung der Wehrpflicht.

Die zusammengefassten Ergebnisse lassen sich dahingehend interpretieren, dass die Beteiligung eines Landes an Auslandseinsätzen der NATO und/ oder der EU als Indikator für eine Aussetzung der Wehrpflicht herangezogen werden kann. Gleichzeitig besagt diese Variable, dass die Beteiligung an Auslandseinsätzen, jeweils zwar in Verbindung mit einer anderen Variablen, im Gegensatz zur reinen Mitgliedschaft in einem oder beiden Bündnissen Einfluss auf die aufgeworfene Fragestellung hat. Weiterhin lässt sich die Aussage treffen, dass je gröÃ?er der Anteil der Beschäftigten in der Armee im Vergleich zur restlichen arbeitenden Bevölkerung ist, ebenfalls in Verbindung mit einer anderen Variable, als Einflussfaktor für den Erhalt einer Wehrpflicht gedeutet werden kann.

١	/erwen	doto	$\bigcap$	lon:
١	/ BI W BI I	11010	C JI ICI	1211

Algieri, Franco (2010): Die Gemeinsame AuÃ?en- und Sicherheitspolitik der EU. Facultas Verlag, Wien.

Barrios, Dr. Harald (2006): Qualitative Methoden des Vergleichs in der Politikwissenschaft. In: Barrios, Dr. Harald/ Stefes, Christoph H. (2006): Einführung in die Comparative Politics. Oldenbourg Verlag, München, S. 29-51.

Haltiner, Karl W. (1998): The Definite End of th Mass Army in Western Europe? In: Armed Forces & Society, Vol. 25, No. 1, S. 7-36.

Haltiner, Karl W./ Klein, Paul (2002): Europas Streitkräfte im Umbruch â?? Trends und Gemeinsamkeiten. In: Haltiner, Karl W. / Klein, Paul: Europas Armeen im Umbruch. Nomos, Baden-Baden, S. 7-22.

Josua, Maria (2006): Qualitative Comparative Analysis (QCA) â?? Eine Einführung. In: Barrios, Dr. Harald/ Stefes, Christoph H. (2006): Einführung in die Comparative Politics. Oldenbourg Verlag, München, S. 59-70.

Küllmer, Michael (2008): Die Umgestaltung der europäischen Streitkräfte: Politik, Wirtschaft und Technologie. Nomos, Baden-Baden.

Werkner, Ines-Jacqueline (2006): Wehrpflicht oder Freiwilligenarmee? Wehrstrukturentscheidungen im europĤischen Vergleich. EuropĤischer Verlag der Wissenschaft (Peter Lang), Frankfurt am Main.

## **Date Created**

Mai 18, 2016

## **Author**

hiwi